

Demokratie und sozialer Fortschritt

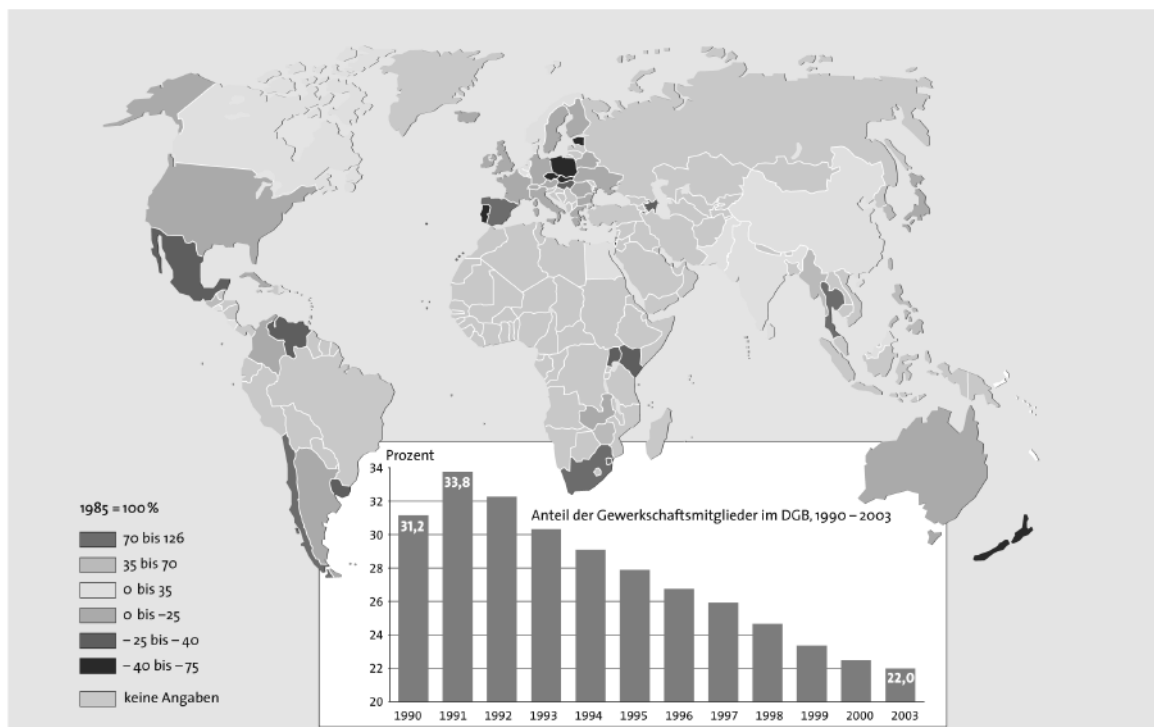
Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften

Einer Gewerkschaft beizutreten, Tarifverträge auszuhandeln, zu streiken – um die traditionellen Arbeitnehmerrechte ist es derzeit schlecht bestellt. Weltweit ist die Gewerkschaftsbewegung in die Defensive geraten. Sie muss sich neuen Herausforderungen stellen, hat aber noch mit vielen alten Problemen zu kämpfen.

In vielen Ländern ist – auch wenn sie diesbezügliche internationale Vereinbarungen unterzeichnet haben – Gewerkschaftsarbeit ein riskantes Unterfangen. Das zeigt sich deutlich in den Jahresberichten des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften (IBFG): Für das Jahr 2000 konstatierte er in 113 Ländern schwere Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte. Für das Jahr 2001 lautet der Befund: »Eindeutige Zunahme von gravierenden Verstößen gegen die Gewerkschaftsfreiheit«. Allein im Jahr 2000 wurden 210 Gewerkschafter ermordet, als vermisst gemeldet oder in den Selbstmord getrieben, 2931 Aktivistinnen wurden zusammengeschlagen, verletzt oder gefoltert. Der Bericht verzeichnet 19 539 unzulässige Kündigungen, 326 gewaltsam unterdrückte Streiks, 113 Einschränkungen des Streikrechts und 271 Fälle von staatlicher Intervention in die Arbeits-

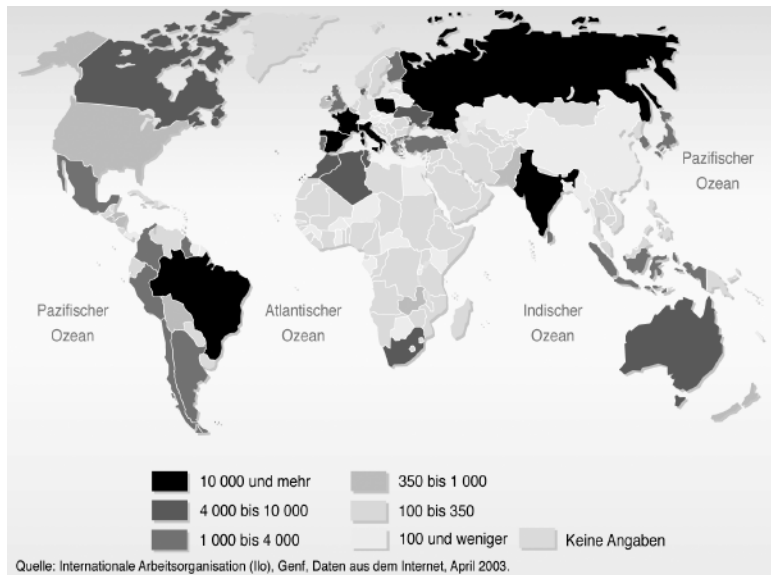
kämpfe. Laut IBFG-Report 2001 sind die gewerkschaftlichen Rechte weltweit zunehmend bedroht, und zwar auch in den Mitgliedsländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Zu ähnlichen, etwas vorsichtiger formulierten Schlüssen kommt die Internationale Arbeitsorganisation in Genf (ILO).

Die neoliberale Globalisierung hat die Situation verschärft. Durch die Ausweitung des wirtschaftlichen Kampfes aller gegen alle auf internationalem Maßstab haben Verbote und repressive Maßnahmen gegen Gewerkschaften zugenommen. Organisationsfreiheit, Streikrecht und Tarifautonomie sind auch deshalb in Gefahr, weil die Entfernung zwischen Chefetagen und Produktionsstandorten wächst. Natürlich variiert diese Entwicklung von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent, je nach historischen



Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades

Quelle: Le monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. taz verlags- und vertriebs GmbH (Berlin) 2007. www.monde-diplomatique.de



Anzahl der Streiks (1990–2002)

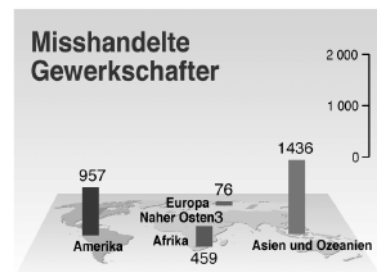
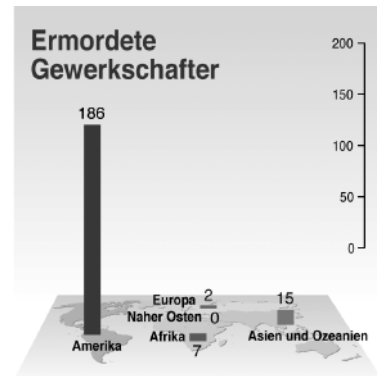
Voraussetzungen und Kräfteverhältnissen. Länder, denen der Internationale Währungsfonds Strukturanpassungsprogramme verordnet hat, sehen sich genötigt, soziale Forderungen als unvereinbar mit der Aufgabe der Schuldentilgung zurückzuweisen. Auch in den ehemals staatsmonopolistischen Ländern Mittel- und Osteuropas müssen die neu gegründeten Gewerkschaften zusehen, wie ihre Rechte nach und nach immer weiter abgebaut werden.

Besonders gravierend ist die Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer in Ländern mit starker Schattenwirtschaft. Aus der Sicht der multinationalen Unternehmen sind die dort herrschenden Bedingungen Standortvorteile: niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Ausbeutung von Frauen und Kindern. Bauern dürfen sich in vielen Ländern grundsätzlich nicht gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisieren, ebenso wie die Beschäftigten in den Sonderwirtschaftszonen, denn dort muss alles wie am Schnürchen laufen, eine Behinderung der Geschäfte durch Arbeitnehmerrechte wird nicht geduldet.

Auch die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Arbeitnehmern spielt eine wichtige Rolle. So sind von den schlechten Bedingungen der Leiharbeit, Zeitarbeit, Gelegenheitsarbeit, Teilzeitarbeit sowie von den befristeten Beschäftigungsverhältnissen etc. vor allem Frauen betroffen. In den

exportorientierten Branchen der legalen Wirtschaft finden sich die Frauen zumeist am unteren Ende der beruflichen Hierarchien, wo die Jobs besonders unsicher sind: Sie arbeiten in Bereichen ohne gewerkschaftliche Organisation, Sozialleistungen oder ordentlichen Kündigungsschutz – womit ganze Familien in eine Abwärts Spirale getrieben werden.

Auch Tarifverhandlungen gestalten sich unter den neuen Bedingungen schwierig. Die Multis, beweglicher und weniger an Standorte gebunden, können die nationalen Beschränkungen und vertraglichen Verpflichtungen leicht umgehen: Um die Gewerkschaftsfreiheit, die Tarifhoheit oder das Streikrecht einzuschränken, brauchen sie oft nur mit Standortverlagerung zu drohen. Auch wenn sich einige Organisationen international vernetzt haben – vor allem in multinationalen Konzernen – sind bislang kaum neue rechtliche Grundlagen geschaffen worden für ein wirkungsvolles international agierendes Gegengewicht der Beschäftigten. Gleichwohl versuchen Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände und ILO die multinationalen Unternehmen auf bestimmte Grundsätze zu verpflichten, was etwa Kinderarbeit oder fairen Handel angeht. Verglichen mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation jedoch wirken die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation nur allzu oft wie fromme Wünsche. ■



Im Internet:

- ▶ **Amnesty international:**
www.amnesty.org
- ▶ **Internationaler Bund Freier Gewerkschaften:**
www.icftu.org
- ▶ **Human Rights Watch:**
www.hrw.org
- ▶ **Internationale Arbeitsorganisation:**
www.ilo.org
- ▶ **Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen:**
www.eurofond.europa.eu
- ▶ **Deutsche Gewerkschaftsbund:**
www.dgb.de